

Antrag

ZU TAGESORDNUNGSPUNKT NR:

	<p>Datum: 31.05.2010</p> <p>Antragstellerin: Fraktion Andere Liste/ Die Grünen</p> <p>Verfasser/in: <i>Reinmund Butz</i></p>								
Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Erhöhung der Kreisumlage für Rödermark unzumutbar									
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><i>Datum</i></th><th><i>Gremium</i></th></tr></thead><tbody><tr><td>14.06.2010</td><td>Ausschuss für Familie, Soziales und Kultur</td></tr><tr><td>17.06.2010</td><td>Haupt- und Finanzausschuss</td></tr><tr><td>29.06.2010</td><td>Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark</td></tr></tbody></table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	14.06.2010	Ausschuss für Familie, Soziales und Kultur	17.06.2010	Haupt- und Finanzausschuss	29.06.2010	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>								
14.06.2010	Ausschuss für Familie, Soziales und Kultur								
17.06.2010	Haupt- und Finanzausschuss								
29.06.2010	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark								

Sachverhalt/Begründung:

Auf Anweisung des Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde für den Kreis Offenbach soll die Kreisumlage bereits für das Haushaltsjahr 2010 um 1,5 Punkte auf insgesamt 57,5 Prozentpunkte erhöht werden. Dies würde für die Stadt Rödermark Mehrausgaben von etwa **428.000 €** bedeuten.

Vor dem Hintergrund des bereits vorhandenen riesigen Haushaltsdefizits in Rödermark bedeutet eine solche Erhöhung, dass wichtige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eingeschränkt, ganz gestrichen oder auf Kredit finanziert werden müssten.

Gleichzeitig werden die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich vom Land Hessen um insgesamt jährlich 400 Millionen Euro gekürzt. Gegen diese Pläne bzw. Entscheidungen ist kommunaler Widerstand notwendig, verbunden mit der Forderung nach einer strukturellen Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark lehnt eine Erhöhung der Kreisumlage ab und fordert den Landkreis Offenbach auf, alles zu tun, um diese Erhöhung nicht wirksam werden zu lassen.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den kommunalen Interessensverbänden beim Land Hessen gegen eine Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich und für dessen Neuordnung einzusetzen. Eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches soll das Ziel verfolgen, eine gerechtere und aufgabengemäße Verteilung der Steuermittel zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:
Enthaltung: